



2022

Statistik Kommunal

Zaberfeld



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

125 108

Impressum

Statistik Kommunal 2022

Artikel-Nr. 8035 22001

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg,
Juli 2022

Redaktionsschluss: 23. Juni 2022

Preis

11 Euro zuzüglich Versandkosten

Ebenfalls erhältlich:

CD-ROM Gemeinde 51 Euro

CD-ROM Landkreis 199 Euro

CD-ROM Regierungsbezirk 499 Euro

Zu bestellen unter vertrieb@stala.bwl.de

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2022

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Vertriebsbedingungen

Es gilt das deutsche Recht. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugschaden geltend gemacht. Skontoabzug ist unzulässig. Das Eigentum an Veröffentlichungen und Datenträgern bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vorbehalten. Vertragsgemäß gelieferte Datenträger werden nach Entsiegelung nicht zurückgenommen oder umgetauscht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Stuttgart.

Autorinnen

Sabine Maurer, Andrea Jäger, Simone Ballreich

2022

Statistik Kommunal

Zaberfeld

Hinweis

Im Text farblich hervorgehobene Begriffe werden im Glossar ab Seite 26 näher erläutert.

Datenquellen und Fußnoten

... befinden sich gesammelt ab Seite 24.

Abkürzungen

%	–	Prozent
Einw.	–	Einwohnerinnen und Einwohner
EUR	–	Euro
ha	–	Hektar
m ²	–	Quadratmeter
km ²	–	Quadratkilometer
m ³	–	Kubikmeter
t	–	Tonnen
Mill.	–	Millionen
Mrd.	–	Milliarden

Zeichenerklärung

0	Mehr als nichts, jedoch weniger als die Hälfte der kleinsten verwendeten Einheit
–	Nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Einführung und Inhalt

Bereits zum elften Mal veröffentlicht das Statistische Landesamt die Querschnittsveröffentlichung „Statistik Kommunal“. Diese Veröffentlichung wird für alle 1 101 Gemeinden des Landes angeboten und informiert über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten auf kommunaler Ebene. Seit dem Jahr 2020 erscheint die Veröffentlichung in jährlichem Turnus, davor in zweijährigem Abstand.

Das vorliegende Heft enthält wie gewohnt die aktuellsten zur Verfügung stehenden Daten der Bereiche Bevölkerung und Gebiet, Bildung und Arbeitsmarkt, Bauen und Wohnen, Steuern und Finanzen sowie Umwelt. Wo immer möglich, werden auch Daten vorangegangener Jahre veröffentlicht, was dem interessierten Lesenden Längsschnittanalysen ermöglicht. Ein Kapitel dieser Ausgabe widmet sich den Ergebnissen der aktuellen regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung. Basis dieser Vorausberechnung auf regionaler Ebene sind die Fortschreibungsergebnisse zum Stand 31.12.2020. Zudem enthält diese Ausgabe die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021.

Die insgesamt 14 Kapitel sind einheitlich strukturiert. In einem einleitenden Text werden für jeden Themenbereich die Landeswerte vorgestellt, die bei der Einordnung der jeweiligen Gemeindeergebnisse unterstützen. Dem folgen Tabellen mit Werten auf Gemeindeebene, wichtige Merkmale und Indikatoren werden in leicht verständlichen Grafiken erklärt. Abgerundet wird die Veröffentlichung mit thematischen Karten zu verschiedenen Themenbereichen. Bei einzelnen Gemeinden, insbesondere bei jenen mit niedrigen Bevölkerungszahlen, können einige Ergebnisse aus Geheimhaltungsgründen nicht ausgewiesen werden. Über den in der Fußzeile eines jeden Kapitels platzierten Link werden Sie auf das entsprechende Internetangebot des Statistischen Landesamtes weitergeleitet.

Gemeindedaten im Überblick und im Vergleich	4
Übersichtskarte	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bevölkerungsvorausberechnung	10
Ausländische Bevölkerung	12
Bundestagswahlen	13
Bildung	14
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	15
Bauen	16
Wohnen	17
Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal	18
Lohn- und Einkommensteuer	19
Wasserwirtschaft	20
Umwelt	21
Verkehr	22
Datenquellen und Fußnoten	24
Glossar (alphabetisch)	26

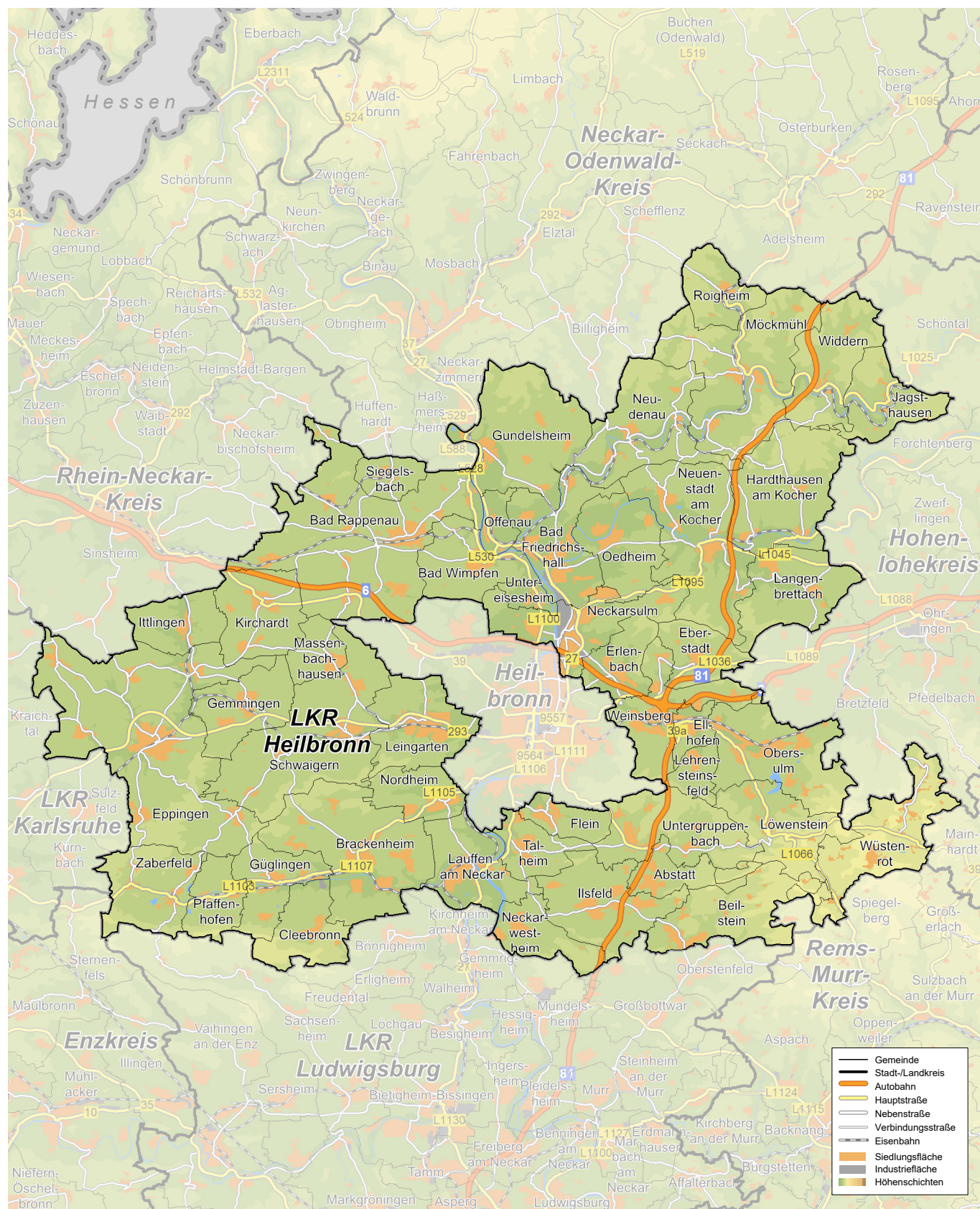
Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2020	ha	2 218
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2021	Anzahl	4 242
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2021	Anzahl	+ 25
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2021	Anzahl	+ 13
Bevölkerungszu-/abnahme 2021	Anzahl	+ 38
Bauen und Wohnen		
Genehmigte Wohnungen 2021	Anzahl	15
Bestand an Wohngebäuden 2021	Anzahl	1 417
Bestand an Wohnungen 2021 ¹⁾	Anzahl	1 872
Bildung²⁾		
Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2020/21	Anzahl	141
Schüler/-innen an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2020/21 ³⁾	Anzahl	141
Schüler/-innen an Realschulen 2020/21	Anzahl	–
Schüler/-innen an Gymnasien 2020/21	Anzahl	–
Schüler/-innen an Gemeinschaftsschulen (Sekundarstufe I/II) 2020/21	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2021/22	Anzahl	.
Beschäftigung am Arbeitsort⁴⁾ und Arbeitsmarkt⁵⁾		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2021	Anzahl	485
Pendlersaldo 2021 ⁶⁾	Anzahl	– 1 338
Arbeitslose insgesamt 2021	Anzahl	96
Arbeitslose Frauen 2021	Anzahl	43
Umwelt		
Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2020 ⁷⁾	Tonnen	9,4
Jahresfahrleistungen 2020	Mill. km	20,2
Tourismus		
Betriebe/Campingplätze mit mind. zehn Schlafgelegenheiten/Stellplätzen 2021 ⁸⁾	Anzahl	2
Schlafgelegenheiten insgesamt 2021 ⁸⁾	Anzahl	.
Ankünfte insgesamt 2021	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2021	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2021	Anzahl	.
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2020	1 000 EUR	3 367
Steuerkraftsumme 2020	1 000 EUR	4 919
Schuldenstand 2020 ⁹⁾	1 000 EUR	–
Gewerbesteuerhebesatz 2020	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2021	Anzahl	3 907
Straßenverkehrsunfälle 2021 ¹⁰⁾	Anzahl	17
Verunglückte Personen 2021	Anzahl	14

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Kreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2020	%	13	18	15
Fläche für Wald 2020	%	29	25	38
Fläche für Landwirtschaft 2020	%	55	55	45
Bevölkerung				
Bevölkerungsdichte 2021	Einw./km²	191	316	312
Anteil der ausländischen Bevölkerung 2021	%	12	15	16
Durchschnittsalter 2021	Jahre	44,4	43,5	43,8
Durchschnittsalter 2040	Jahre	46,0	45,9	45,3
Bundestagswahl 2021				
Wahlbeteiligung	%	82,2	71,1	77,8
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	21,7	21,9	24,8
SPD	%	20,5	23,3	21,6
GRÜNE	%	10,1	15,2	17,2
FDP	%	17,1	16,2	15,3
AfD	%	18,8	12,3	9,6
DIE LINKE	%	2,4	3,6	3,3
Sonstige	%	9,4	7,4	8,2
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2021	%	81	69	61
Wohnfläche je Einwohner/-in 2021	m²	50	48	47
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2021/22	%	.	5	6
Übergänge auf Realschulen 2021/22	%	.	36	34
Übergänge auf Gymnasien 2021/22	%	.	40	44
Übergänge auf Gemeinschaftsschulen 2021/22	%	.	16	13
Beschäftigung am Arbeitsort⁴⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe (B–F) 2021	%	30	45	35
Beschäftigte im Handel, Verkehr und Gastgewerbe (G–I) 2021	%	24	19	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich (J–U) 2021	%	46	35	45
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2021	%	.	24	29
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2021	Tage	.	4,1	3,0
Gemeindefinanzen				
Schuldenstand je Einwohner/-in 2020 ⁹⁾	EUR	–	676	1 096
Steuereinnahmen je Einwohner/-in 2020 ¹¹⁾	EUR	763	1 442	1 410
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner/-in 2019	Liter/Tag	111	120	125
Jahresvergleichsentgelt für Trink- und Abwasser 2021	EUR/Einw.	179	235	234
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner/-innen 2021	Anzahl	713	715	613

Übersichtskarte



Fläche

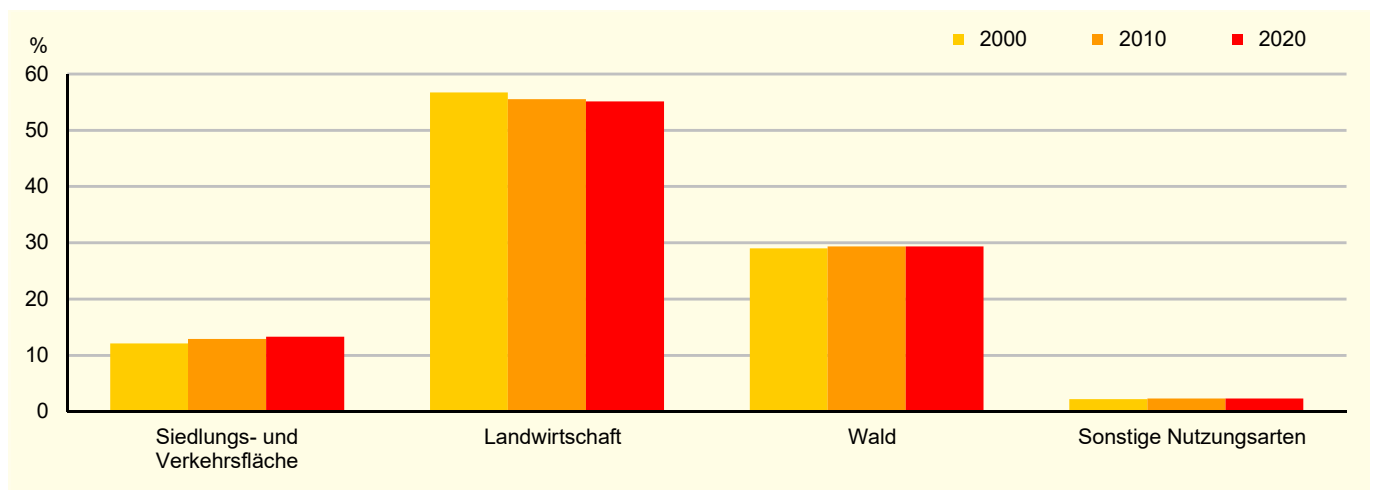
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst 35 748 km². Die flächenmäßig größte Kommune ist Stuttgart mit 207 km², gefolgt von Baiersbronn im Landkreis Freudenstadt mit 190 km². Zu den drei kleinsten Gemeinden des Landes zählen Wembach (1,8 km²) und Fischingen (1,9 km²) im Landkreis Lörrach sowie Moosburg (1,9 km²) im Landkreis Biberach.

Fast die Hälfte der gesamten Landesfläche nimmt die Fläche für Landwirtschaft ein, knapp zwei Fünftel sind bewaldet. Der Anteil der **Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)** beträgt rund 15 %. Im Jahr 2020 ergab sich rein rechnerisch ein **täglicher Flächenverbrauch** für Siedlungs- und Verkehrsflächen von 5,4 ha/Tag. In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich damit eine weiter abnehmende Tendenz. So lag die tägliche Flächeninanspruchnahme 2008 noch bei rund 8 ha/Tag, während der Durchschnittswert über die letzten 5 Jahre rund 5,2 ha/Tag betrug. „Flächenverbrauch“ ist jedoch nicht mit „Versiegelung“ – also dem teilweisen oder vollständigen Abdichten offener Böden – gleichzusetzen. Nach Schätzungen des Statistischen Landesamtes sind knapp die Hälfte der SuV, etwa 242 092 ha oder 6,8 % der Landesfläche, tatsächlich versiegelt. Unter den Gemeinden schwanken die einzelnen Arten der Flächennutzung erheblich: so hat zum Beispiel Bad Rippoldsau-Schapbach im Landkreis Freudenstadt mit über 90 % den höchsten Anteil an Wald, Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg mit 62 % den höchsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Bodenfläche.

Siedlungs- und Verkehrsfläche*)

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2020		2020	
	ha	%	ha	%	ha	%
Bodenfläche insgesamt	2 218	100	2 218	100	3 574 782	100
Siedlungs- und Verkehrsfläche	268	12,1	295	13,3	525 676	14,7
darunter						
Wohnbaufläche	73	27,4	97	32,8	157 302	29,9
Industrie- und Gewerbefläche	22	8,2	27	9,3	74 324	14,1
Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche	9	3,2	19	6,3	38 104	7,3
Friedhof	1	0,5	1	0,5	3 706	0,7
Verkehr	130	48,4	131	44,3	198 980	37,9

Flächennutzung*) in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs hat sich im Jahr 2021 um etwa 21 600 auf 11 124 600 Personen erhöht. Das Plus war damit im vergangenen Jahr wieder deutlich größer als im Jahr 2020. Gegenüber 1952, dem Gründungsjahr des Südweststaates, ist die Einwohnerzahl um rund 4,4 Mill. angestiegen und hat einen neuen Höchststand erreicht.

Der Anstieg der Einwohnerzahl im Jahr 2021 war ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen: Die Zahl der Zuzüge lag um etwa 27 100 höher als die der Fortzüge, dagegen war der Geburtensaldo negativ (– 5 500). Die Zahl der Geburten war im vergangenen Jahr mit annähernd 113 600 um etwa 5 500 höher als im Jahr 2020 und damit so hoch wie seit 1997 nicht mehr. Gleichzeitig ist die Zahl der Sterbefälle um ca. 3 000 auf 119 000 angestiegen – so viele wie noch nie seit Bestehen des Landes.

Die **Bevölkerung** Baden-Württembergs wird immer älter: Während der Anteil der Jüngeren (unter 20 Jahre) noch im Jahr 1980 annähernd doppelt so hoch wie der der Älteren (65 Jahre und mehr) lag, waren Ende 2021 die Älteren bereits um annähernd 200 000 Personen stärker als die Jüngeren vertreten. Landesweit den höchsten Anteil älterer Menschen hatte die Gemeinde Büsingen am Hochrhein im Landkreis Konstanz (34 %). Dagegen war die Gemeinde Setzingen im Alb-Donau-Kreis diejenige mit dem höchsten Anteil jüngerer Menschen (27 %).

Bevölkerungsentwicklung seit 1871 in der Gemeinde

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einw. je km²
		männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl
1871	2 116	49	51	95
1890	2 393	49	51	108
1900	2 341	50	50	106
1910	2 481	50	50	112
1925	2 479	49	51	112
1933	2 402	49	51	108
1939	2 249	49	51	101
1950	2 747	46	54	124
1961	2 547	47	53	115
1970	2 836	47	53	128
1987	2 878	49	51	130

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einw. je km²
		männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl
1990	3 168	49	51	143
1994	3 676	50	50	166
1998	3 755	49	51	169
2002	3 931	50	50	177
2006	3 978	49	51	179
2010	3 915	49	51	176
2014	3 903	49	51	176
2018	4 087	50	50	184
2019	4 097	50	50	185
2020	4 204	50	50	190
2021	4 242	50	50	191

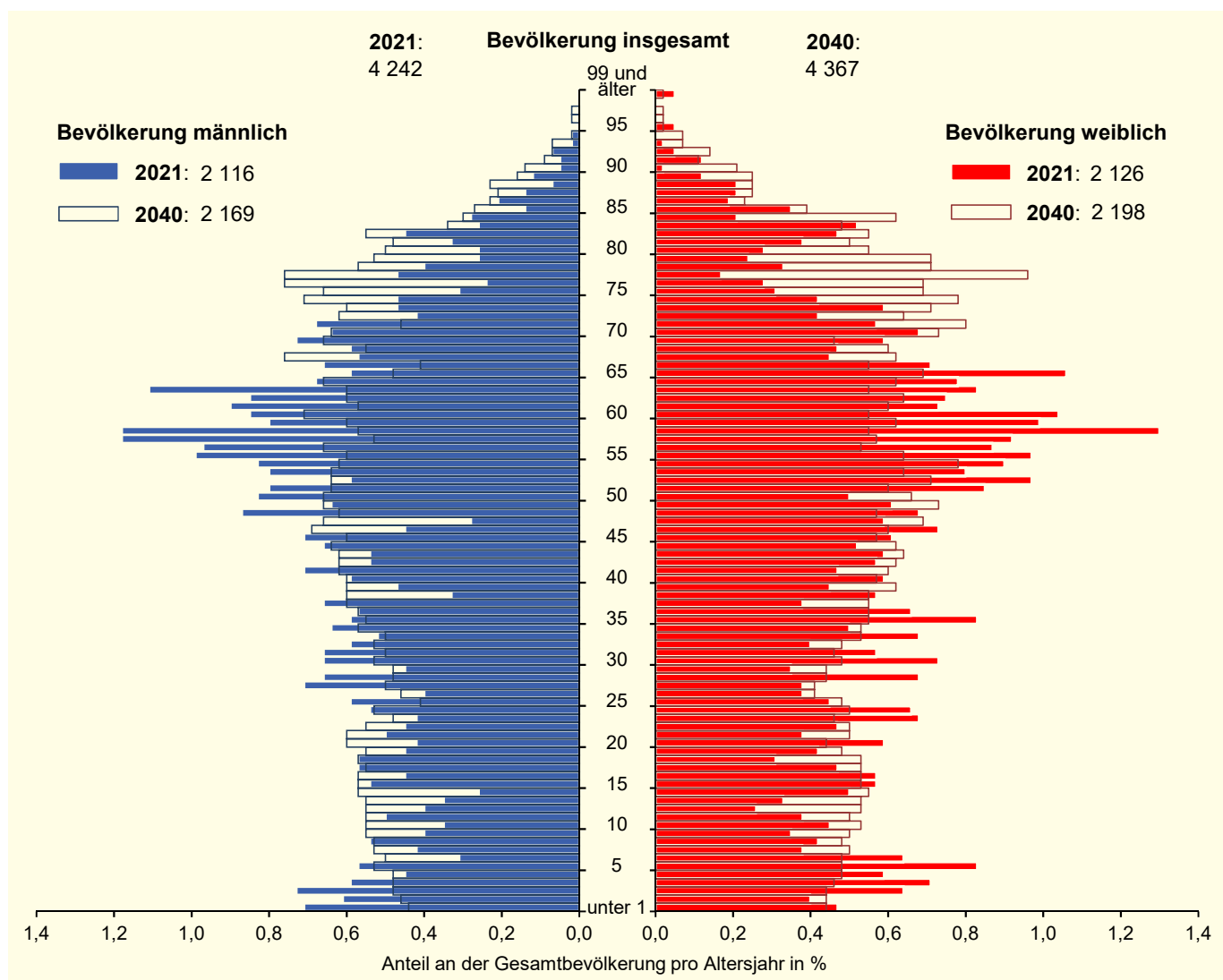
Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge in der Gemeinde

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-) ¹⁾						
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo								
			insgesamt	je 1 000 Einw.	insgesamt			je 1 000 Einw.								
									insgesamt	je 1 000 Einw.						
	Anzahl															
2013	31	36	–	5	– 1,3	262	251	+	11	+	2,8	+	6	+	1,5	
2014	27	29	–	2	– 0,5	277	284	–	7	–	1,8	–	9	–	2,3	
2015	29	40	–	11	– 2,8	245	208	+	37	+	9,4	+	26	+	6,6	
2016	40	25	+	15	+	3,8	333	267	+	66	+	16,6	+	81	+	20,4
2017	36	33	+	3	+	0,7	307	263	+	44	+	10,9	+	47	+	11,6
2018	49	37	+	12	+	2,9	260	246	+	14	+	3,4	+	26	+	6,4
2019	45	30	+	15	+	3,7	253	256	–	3	–	0,7	+	12	+	2,9
2020	39	36	+	3	+	0,7	321	216	+	105	+	25,3	+	108	+	26,0
2021	50	25	+	25	+	5,9	272	259	+	13	+	3,1	+	38	+	9,0



Bevölkerungsstruktur 2021 in der Gemeinde

Altersgruppen	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 3	151	4	87	4	64	3	3	3	3
3 bis unter 6	158	4	68	3	90	4	3	3	3
6 bis unter 15	307	7	150	7	157	7	8	9	8
15 bis unter 18	134	3	66	3	68	3	3	3	3
18 bis unter 25	291	7	142	7	149	7	8	8	7
25 bis unter 40	699	16	360	17	339	16	20	21	19
40 bis unter 65	1 632	38	820	39	812	38	35	35	34
65 bis unter 75	500	12	247	12	253	12	10	10	11
75 und mehr	370	9	176	8	194	9	11	9	12
Insgesamt	4 242	100	2 116	100	2 126	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	44,4		44,2		44,6		43,8	42,6	45,1

Relative Bevölkerungspyramide der Gemeinde 2021 und 2040

Bevölkerungsvorausberechnung

Die Hauptvariante der **Bevölkerungsvorausberechnung** mit Basis 2020 geht auf Landesebene von einem moderaten Anstieg der Einwohnerzahl in Baden-Württemberg bis 2040 aus. Im Anschluss ist mit einem Bevölkerungsrückgang bis 2060 auf das Niveau der Einwohnerzahl des Jahres 2017 zu rechnen, weil sich das bestehende Geburtendefizit aufgrund der Altersstruktur der **Bevölkerung** vergrößern wird. Auch die Zuwanderung kann diese Entwicklung aller Voraussicht nach nicht aufhalten.

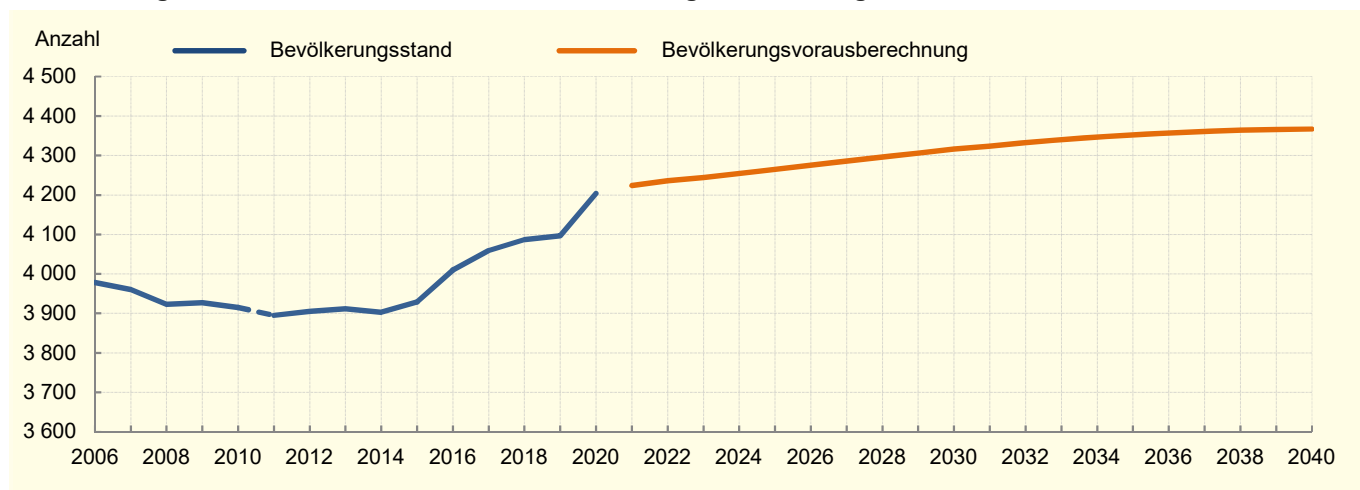
Für die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung wurde die obere Variante der Landesvorausberechnung herangezogen, da die vorläufigen Bevölkerungszahlen für das Jahr 2021 zeigen, dass sich die Wanderungen schneller wieder erholt haben, als zunächst angenommen. Im Unterschied zur Hauptvariante wird bei der oberen Variante von einem höheren Wanderungssaldo ausgegangen. In beiden Fällen wird eine durchschnittliche Geburtenrate von 1,56 Kindern je Frau angenommen.

Bis 2040 wachsen alle Kreise des Landes im Schnitt voraussichtlich um 2,9 %. Das größte Wachstum verzeichnen dabei die Stadtkreise Heilbronn (+ 5,7 %) und Pforzheim (+ 5,5 %) sowie der Landkreis Biberach (+ 4,9 %). Am schwächsten wachsen die Stadtkreise Baden-Baden (+ 0,1 %) und Karlsruhe (+ 1,0 %) sowie der Bodensee-kreis (+ 1,1 %).

Voraussichtliche Bevölkerungsstruktur 2040 in der Gemeinde

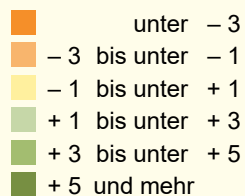
Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 3	117	3	60	3	57	3	3	3	3
3 – 6	127	3	65	3	62	3	3	3	3
6 – 15	414	9	213	10	201	9	9	9	8
15 – 18	143	3	74	3	69	3	3	3	3
18 – 25	318	7	169	8	149	7	8	8	7
25 – 40	670	15	344	16	326	15	18	19	17
40 – 65	1 357	31	682	31	675	31	31	32	31
65 – 75	544	12	257	12	287	13	12	11	12
75 und mehr	677	16	305	14	372	17	14	12	16
Insgesamt	4 367	100	2 169	100	2 198	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	46,0		44,9		47,1		45,3	44,1	46,6

Bevölkerungsstand und voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde



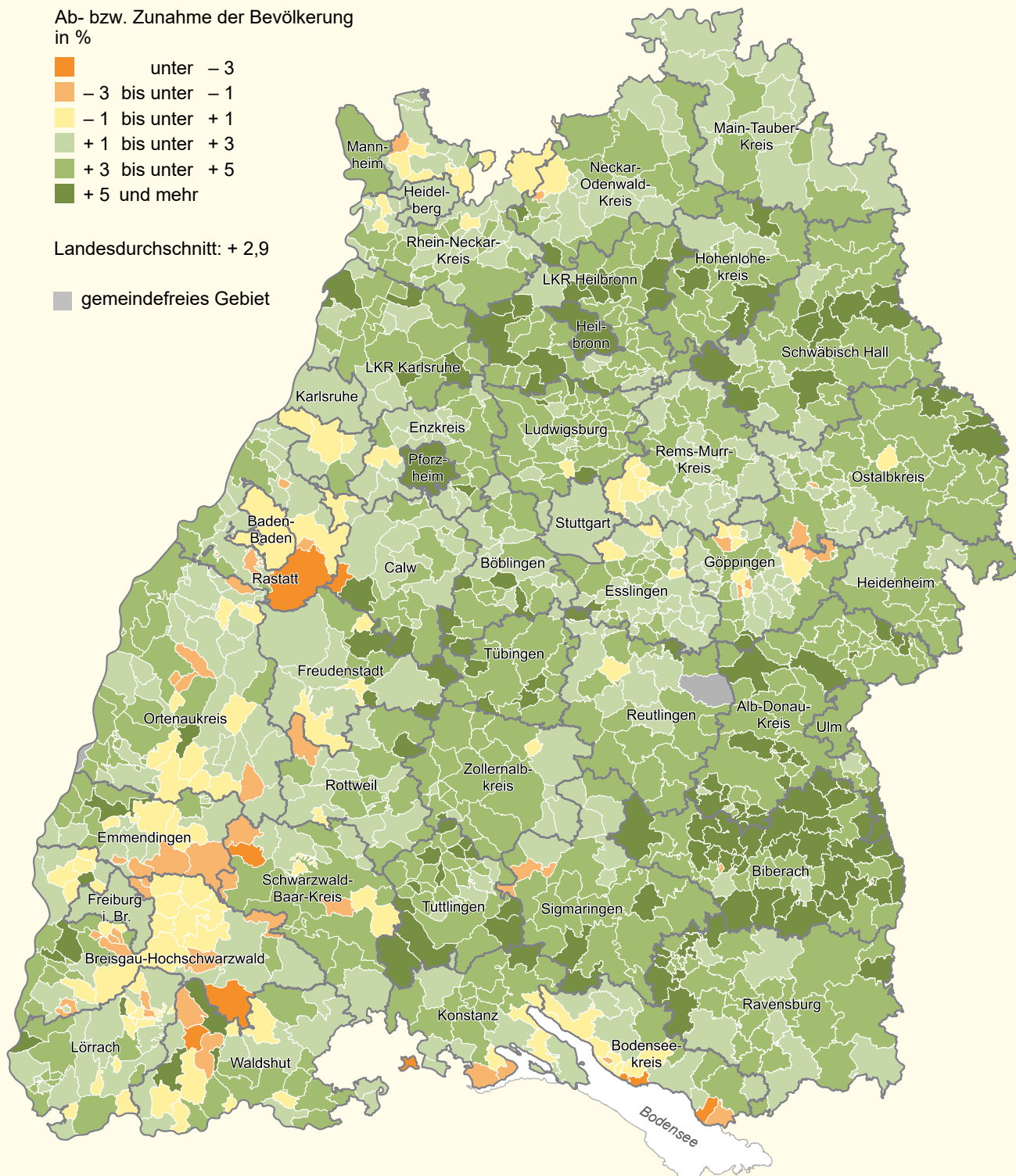
Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden 2020 bis 2040 – mit Wanderungen

Ab- bzw. Zunahme der Bevölkerung
in %



Landesdurchschnitt: + 2,9

■ gemeindefreies Gebiet



Datenquelle: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung Basis 2020, obere Variante der Vorausberechnung auf Landesebene.

Ausländische Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen und lag Ende 2021 bei 11,12 Mill. Darunter waren 1,82 Mill. Ausländerinnen und Ausländer und damit so viele wie noch nie seit Bestehen des Landes. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung lag zuletzt bei 16,4 %.

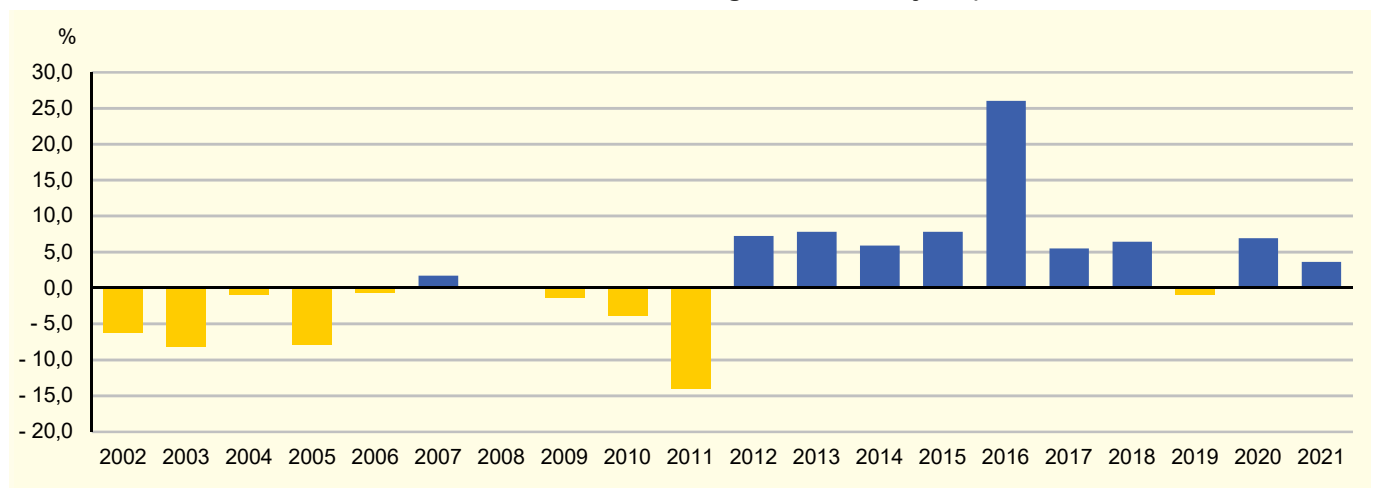
Die ausländischen Frauen und Männer in Baden-Württemberg waren am Jahresende 2021 im Durchschnitt 39 Jahre alt und damit wesentlich jünger als die deutsche Bevölkerung mit annähernd 45 Jahren. Allerdings sind auch die ausländischen Staatsangehörigen in den vergangenen Jahrzehnten „gealtert“. So lag ihr Durchschnittsalter im Jahr 1970 noch bei lediglich 28 Jahren und damit sogar um rund 8 Jahre niedriger als das der Deutschen.

Innerhalb des Landes verteilt sich die **ausländische Bevölkerung** sehr ungleichmäßig; es ist vor allem weiterhin ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle feststellbar: Am höchsten ist der Anteil an ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den Stadtkreisen Pforzheim, Heilbronn und Stuttgart, in denen etwa jede vierte Person keinen deutschen Pass besitzt. Dagegen liegt dieser Anteil in den ländlich geprägten Landkreisen Main-Tauber- und Neckar-Odenwald-Kreis bei lediglich 10 bzw. 11 %. Unter den 1 101 Kommunen des Landes wiesen Jagsthausen im Landkreis Heilbronn sowie die Exklave Büsingen am Hochrhein die höchsten Werte auf (35 %).

Ausländische Bevölkerungsstruktur 2021 in der Gemeinde

Altersgruppe	Ausländische Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 3	16	3	12	4	4	2	3	2	3
3 bis unter 6	16	3	5	2	11	5	3	3	3
6 bis unter 15	45	9	25	9	20	8	7	7	7
15 bis unter 18	15	3	12	4	3	1	2	2	2
18 bis unter 25	41	8	16	6	25	10	9	9	8
25 bis unter 40	144	28	84	31	60	25	31	32	29
40 bis unter 65	190	37	99	36	91	38	36	36	37
65 bis unter 75	34	7	16	6	18	7	6	6	7
75 und mehr	13	3	4	1	9	4	4	4	4
Insgesamt	514	100	273	100	241	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	38,0		36,9		39,2		39,0	38,5	39,5

Prozentuale Zu- bzw. Abnahme der Ausländerzahl im Vergleich zum Vorjahr*) in der Gemeinde



Bundestagswahlen

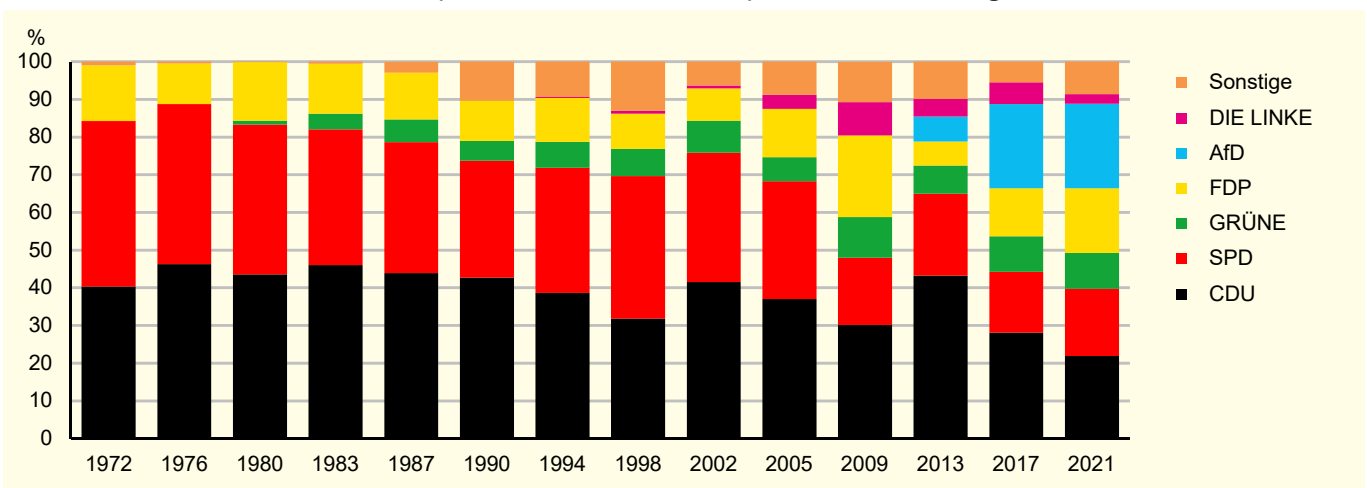
Bei der Bundestagswahl am 26.09.2021 erreichte in Baden-Württemberg die CDU mit 24,8 % erneut den höchsten Zweitstimmenanteil. Allerdings mussten die Christdemokraten gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl mit einem Minus von 9,6 Prozentpunkten deutliche Verluste hinnehmen. Den zweithöchsten Zweitstimmenanteil erzielte in Baden-Württemberg die SPD. Mit 21,6 % konnte die Partei deutlich hinzugewinnen (+ 5,2 Prozentpunkte). Auf dem dritten Platz in der Wählergunst der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger landeten die GRÜNEN mit 17,2 % (+ 3,7 Prozentpunkte), gefolgt von der FDP mit 15,3 % (+ 2,6 Prozentpunkte). Neben der CDU mussten auch die AfD und DIE LINKE einen spürbaren Stimmenrückgang hinnehmen (AfD: – 2,6 Prozentpunkte; DIE LINKE: – 3,1 Prozentpunkte). Lediglich 9,6 % der gültigen Zweitstimmen aus Baden-Württemberg gingen an die AfD bzw. 3,3 % an DIE LINKE. Von den 38 Direktmandaten Baden-Württembergs gingen 33 an die CDU, vier an die GRÜNEN und ein Direktmandat ging an die SPD.

In Baden-Württemberg beteiligten sich insgesamt 77,8 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger an der Wahl zum 20. Bundestag. Das sind 0,5 Prozentpunkte weniger als bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Jahr 2017. Damals lag die Wahlbeteiligung bei 78,3 %. Die höchste Wahlbeteiligung des Landes erzielte der Wahlkreis Stuttgart I (82,1 %), die niedrigste wurde in Mannheim mit 72,2 % erreicht.

Wahlergebnisse im Vergleich in der Gemeinde

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile ²⁾						
					GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE	Sonstige
		Anzahl			% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte						
Landtagswahl 2021	mit	3 047	2 130	69,9	24,4	20,6	10,7	12,3	20,9	2,4	8,6
Landtagswahl 2016	mit	2 968	2 228	75,1	26,6	22,4	11,3	8,3	25,4	1,3	4,7
Veränderung ³⁾		+ 79	– 98	– 5,2	– 2,2	– 1,8	– 0,6	+ 4,0	– 4,5	+ 1,1	+ 3,9
Bundestagswahl 2021	mit	3 079	2 532	82,2	10,1	21,7	20,5	17,1	18,8	2,4	9,4
Bundestagswahl 2017	mit	2 992	2 467	82,5	9,7	28,6	15,8	12,8	21,5	6,0	5,6
Veränderung ³⁾		+ 87	+ 65	– 0,3	+ 0,4	– 6,9	+ 4,7	+ 4,3	– 2,7	– 3,6	+ 3,8
Europawahl 2019	mit	3 041	2 023	66,5	16,6	26,2	11,4	8,1	20,1	2,5	15,1
Europawahl 2014	mit	2 936	1 603	54,6	9,0	36,9	23,3	5,3	9,6	3,6	12,3
Veränderung ³⁾		+ 105	+ 420	+ 11,9	+ 7,6	– 10,7	– 11,9	+ 2,8	+ 10,5	– 1,1	+ 2,8

Zweitstimmenanteile der Parteien (ohne Briefwähler/-innen) bei den Bundestagswahlen in der Gemeinde



Bildung

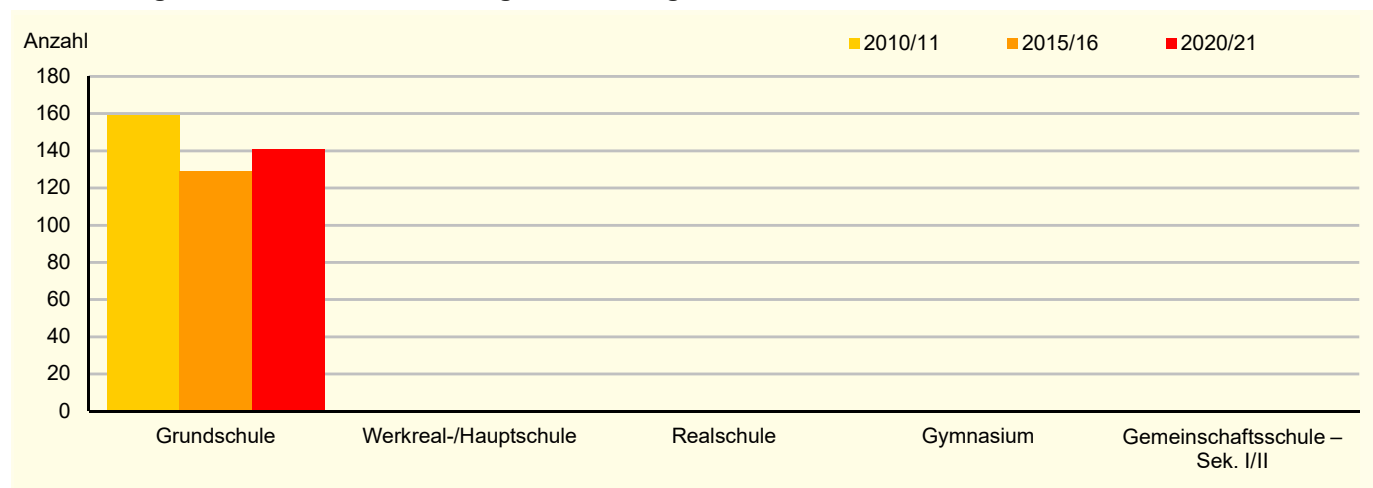
Zum Schuljahr 2020/21 besuchten knapp 1,1 Mill. Schülerinnen und Schüler eine der 3 959 allgemeinbildenden Schulen des Landes. Knapp 90 % wurden an einer öffentlichen Schule und gut 10 % an einer Schule in freier Trägerschaft unterrichtet. Mit einer Anzahl von 380 214 waren die meisten Schülerinnen und Schüler an Grundschulen. Unter den weiterführenden Schulen liegen Gymnasien mit 295 640 Schülerinnen und Schülern vor Realschulen mit 209 552, Gemeinschaftsschulen mit 85 358 und Haupt-/Werkrealschulen mit 44 980 Schülerinnen und Schülern. Das Gymnasium bleibt damit die beliebteste weiterführende Schulart.

Die Zahl der Grundschülerinnen und Grundschüler sank damit im Vergleich zum Vorjahr um 1 174 (– 0,3 %) Kinder. Haupt-/Werkrealschulen (– 7,2 %) sowie Realschulen (– 1,6 %) verloren jeweils mehr als 3 400 Schülerinnen und Schüler im Vorjahresvergleich. Gymnasien (+ 0,5 %) und Gemeinschaftsschulen (+ 3,6 %) verzeichneten dagegen Zuwächse. An Gemeinschaftsschulen, die in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2012/13 eingeführt wurden, werden damit bereits beinahe doppelt so viele Schülerinnen und Schüler wie an Haupt-/Werkrealschulen unterrichtet. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass an Gemeinschaftsschulen sowohl der Hauptschulabschluss als auch die mittlere Reife oder das Abitur erreicht werden können.

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2020/21 in der Gemeinde

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt		Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler/-innen zusammen	und zwar		Schüler/-innen je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 2010/11	
	Schulen ¹⁾	Schüler/-innen		weiblich	ausländisch		Schüler/-innen zusammen	Schüler/-innen je Klasse ²⁾
	Anzahl			%		Anzahl		
Grundschulen ³⁾	1	141	141	52	11	16	159	20
Werkreal-/Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren ⁴⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	–	–	–	–	–
Gemeinschaftsschulen – Sek. I/II	–	–	–	–	–	–	x	x
Freie Waldorfschulen	–	–	x	x	x	x	x	x
Insgesamt ⁵⁾	1	141	141	52	11	16	159	20

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen in der Gemeinde



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

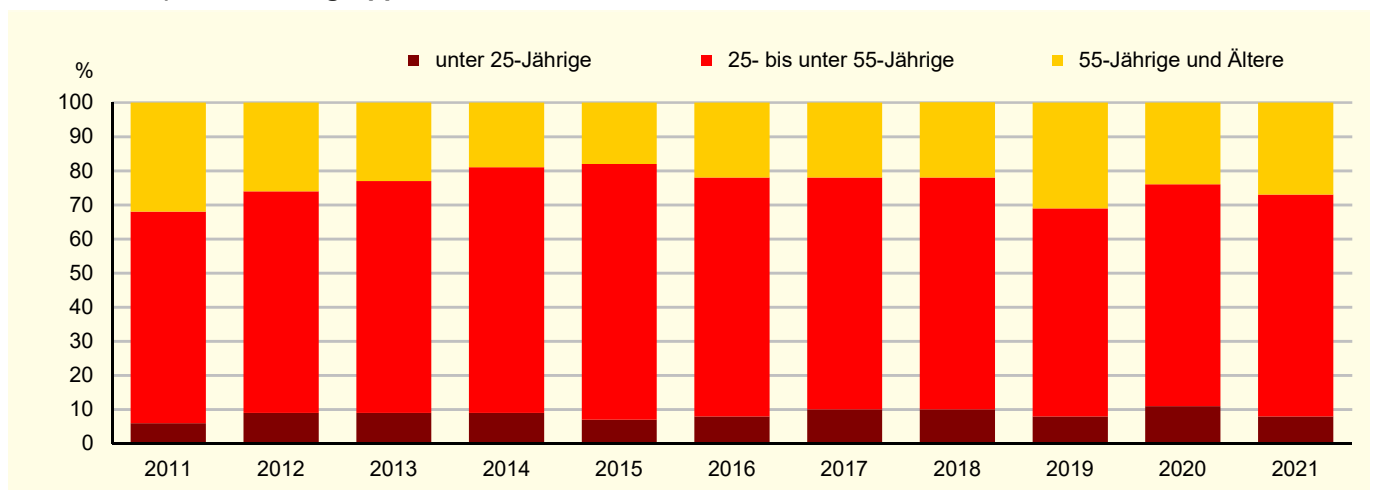
Zur Jahresmitte 2021 waren in Baden-Württemberg rund 4,78 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter fast 2,17 Mill. Frauen. Insgesamt waren dies 777 000 (+ 19 %) **sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** mehr als 10 Jahre zuvor. Während die Zahl der deutschen Beschäftigten in der letzten Dekade um etwa 373 000 bzw. 10 % angestiegen ist, hat sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten im gleichen Zeitraum um mehr als 400 000 auf knapp 835 000 beinahe verdoppelt. Nachdem der Südwesten im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie den ersten Beschäftigungsrückgang seit 2010 erlebte, hat sich die Beschäftigung im Jahr 2021 erholt. So stieg die Zahl der Beschäftigten im Vorjahresvergleich insgesamt um rund 54 000 oder 1,2 %. Besonders äußerte sich der Anstieg im Gesundheits- und Sozialwesen (+ 20 000, + 3,2 %) sowie in der Zeit- arbeitsbranche (+ 18 000, + 23,8 %). Das Verarbeitende Gewerbe (– 17 000, – 1,3 %) und das Gastgewerbe (– 6 000, – 5,1 %) hingegen setzten im gleichen Zeitraum den Stellenabbau fort, wenn auch weniger dynamisch als 2020 verglichen mit 2019.

Simultan zur Beschäftigung konnte die Zahl der **Arbeitslosen** der Corona-Krise ebenfalls trotzen. Der Arbeitslosenbestand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 12 000 bzw. 4,7 % reduziert. Die Arbeitslosenquote sank in Baden-Württemberg von 4,1 % auf 3,9 %.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort sowie Arbeitslose in der Gemeinde

Jahr	Beschäftigte ¹⁾		Und zwar ²⁾				Arbeits- lose ³⁾ insgesamt	Und zwar		
	ins- gesamt	je 1 000 Einw.	Frauen	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Verkehr, Gast- gewerbe	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl			%			Anzahl	%		
2005	879	222	47	76	16	8	133	43	17	11
2007	982	247	45	75	16	8	83	54	11	17
2009	724	184	50	73	16	10	104	48	17	17
2011	451	116	48	53	28	18	95	57	6	32
2013	423	109	48	47	24	28	91	48	9	23
2015	514	131	43	52	21	26	85	51	7	18
2017	552	137	42	49	21	30	82	48	10	22
2019	506	123	48	28	23	50	72	47	8	31
2021	485	115	53	30	24	46	96	45	8	27

Arbeitslose*) nach Altersgruppen in der Gemeinde



Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2021 Baugenehmigungen für rund 45 800 Wohnungen in gut 16 800 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Damit wurden rund 7 % oder fast 3 100 mehr Wohnungen genehmigt als 2020. Die Zahl der genehmigten Wohnungen stieg das zweite Mal in Folge stark an: Im Jahr 2020 lag die Zahl der genehmigten Wohnungen mit 42 800 um etwa 6 % über dem Wert des Jahres 2019.

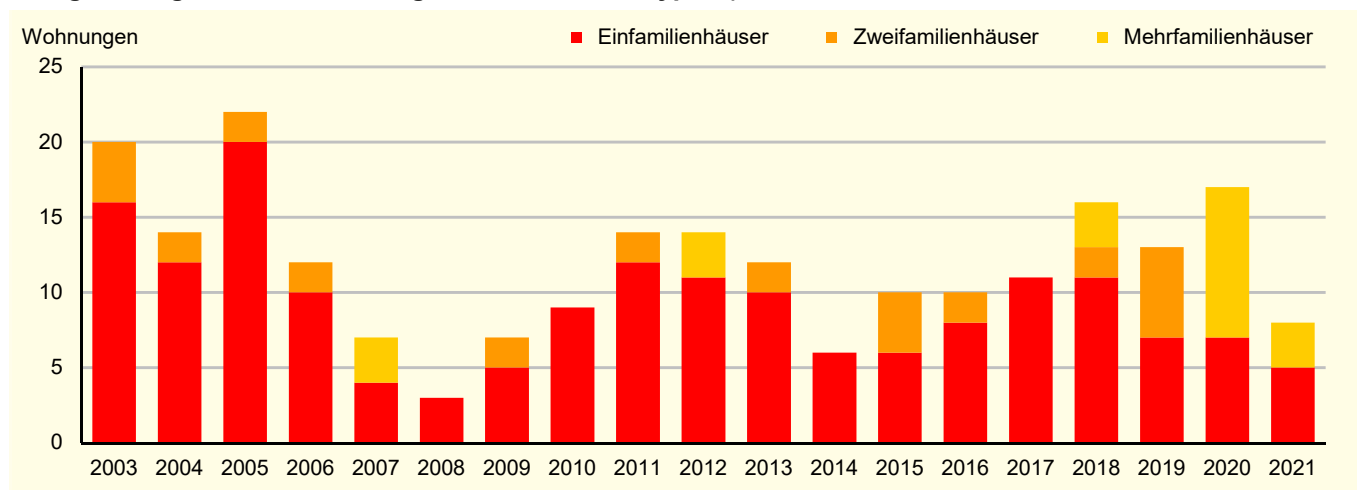
Nach einem starken Anstieg im Jahr 2020 waren die Baufertigstellungen von Wohngebäuden 2021 rückläufig. Knapp 13 700 Wohngebäude wurden im Jahr 2021 fertiggestellt, das waren rund 8 % weniger als 2020. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen lag 2021 bei etwa 36 100 (2020: 36 300). Der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden betrug im Jahr 2021 68 %, 14 % der Gebäude waren Zweifamilienhäuser, 18 % Mehrfamilienhäuser. Wenngleich die Einfamilienhäuser die bezugsfertig gestellten Wohngebäude weiter dominieren, ging ihr Anteil in den vergangenen Jahren stetig zurück. Zum Vergleich: Im Jahr 2013 lag der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden noch bei 77 %.

Insgesamt wurden 2021 rund 3,69 Mill. m² Wohnfläche in neuen Wohnungen in Wohngebäuden bezugsfertig. Dabei betrug die durchschnittliche Wohnfläche in Einfamilienhäusern 161 m² (2020: 160 m²), in Zweifamilienhäusern 113 m² (2020: 115 m²) und in Mehrfamilienhäusern durchschnittlich 82 m² (2020: 83 m²).

Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude in der Gemeinde

Jahr	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen							
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Anteil nach Gebäudetyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudetyp		
				Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. häuser ¹⁾		Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. häuser
				Anzahl	%		Anzahl	100 m ²		
2013	5	6	11	91	9	–	12	14	2	–
2014	11	14	6	100	–	–	6	8	–	–
2015	7	7	8	75	25	–	10	8	5	–
2016	12	12	9	89	11	–	10	12	3	–
2017	11	23	11	100	–	–	11	15	–	–
2018	14	25	13	85	8	8	16	21	2	3
2019	7	10	10	70	30	–	13	10	6	–
2020	8	8	8	88	–	13	17	13	–	6
2021	9	15	6	83	–	17	8	7	–	3

Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen*) in der Gemeinde



Wohnen

Der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg wuchs im Jahr 2021 um 0,7 % bzw. gut 39 000 auf rund 5,4 Mill. Knapp zwei Drittel entstanden in Einfamilienhäusern. Die Anteile der Wohnungen mit fünf oder mehr Räumen (einschließlich Küchen) sowie der Drei- oder Vierraumwohnungen lagen im Land bei jeweils 44 %, rund 12 % fielen auf Ein- oder Zwei-Raum-Wohnungen.

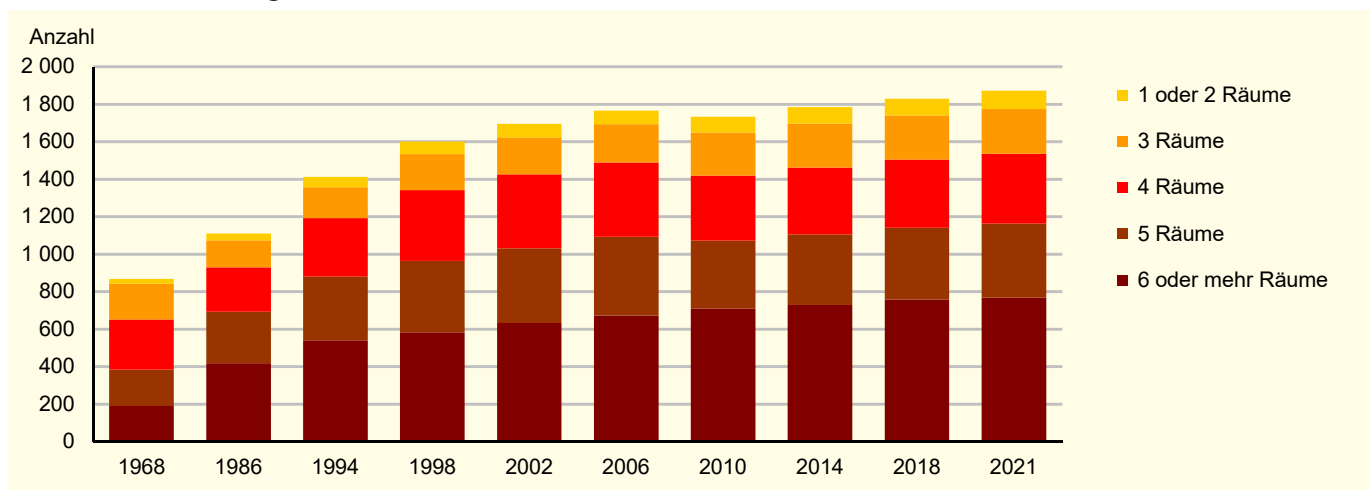
Neu gebaute Wohnungen sind deutlich größer als im Durchschnitt des Wohnungsbestands. So wuchs die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung kontinuierlich und erreichte im Jahr 2021 96,6 m². Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner wuchs im selben Zeitraum sogar um 6,6 m². Jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner standen 2021 rein rechnerisch 47 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Ende 2021 gab es landesweit rund 61 % Einfamilienhäuser, 21 % Zweifamilienhäuser und ca. 18 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil an Einfamilienhäusern in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen (Zollernalbkreis) mit 92 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit gut 32 %. Der Anteil in der Landeshauptstadt Stuttgart liegt bei etwa 35 %.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Wohn- gebäude insgesamt ²⁾	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ³⁾	Einw. je 100 Wohnungen	Wohn- fläche je Einw.
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
								Anzahl		m ²
1968	654	322	49	117	18	8	1	868	322	23
1986	895	718	80	166	19	11	1	1 109	256	39
1994	1 111	876	79	206	19	29	3	1 411	261	39
1998	1 217	936	77	237	19	44	4	1 601	235	43
2002	1 287	991	77	250	19	46	4	1 695	232	44
2006	1 350	1 047	78	256	19	47	3	1 765	225	46
2010	1 309	1 053	80	208	16	48	4	1 732	226	49
2014	1 351	1 091	81	211	16	49	4	1 784	219	51
2018	1 393	1 128	81	215	15	50	4	1 828	224	51
2021	1 417	1 146	81	218	15	53	4	1 872	227	50

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl in der Gemeinde



Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die **bereinigten Einnahmen** lagen 2020 mit 38,7 Mrd. Euro um 1,2 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 3,1 %). Gegenüber 2019 sanken die Steuereinnahmen um 2,9 % auf 16,2 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) sank um 10,8 % und beträgt nun 5,8 Mrd. Euro. Die **bereinigten Ausgaben** der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2019 um 1,5 Mrd. auf 38,7 Mrd. Euro.

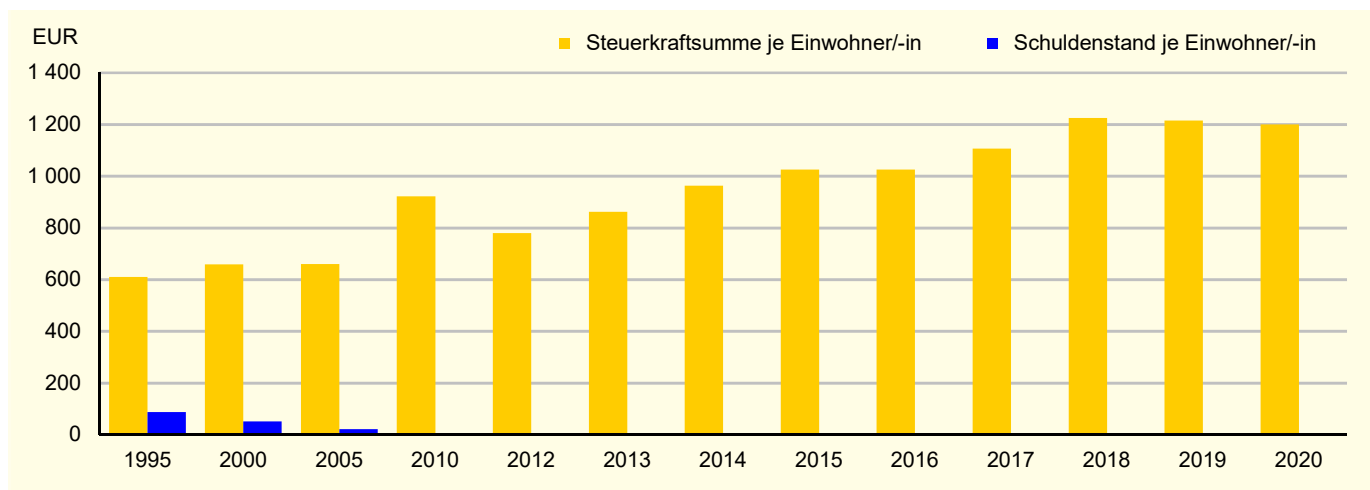
Die **Schulden** der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betrugen am 31.12.2020 insgesamt knapp unter 13,5 Mrd. Euro, wovon 6,3 Mrd. von den Kernhaushalten und rund 7,2 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 673 Mill. Euro bzw. 5,3 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 212 Euro.

Am 30. Juni 2020 arbeiteten im kommunalen Bereich insgesamt 253 605 Personen, darunter 187 540 Beschäftigte bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 171 635 Personen beschäftigt, davon 78 435 Teilzeitkräfte. Die Eigenbetriebe beschäftigten 15 905 Personen. Der Anteil der Teilzeitkräfte an allen Gemeindebediensteten lag bei 45,7 %.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme ¹⁾		Schuldenstand ²⁾		Gewerbesteuer		Personalstand ³⁾	
	insgesamt	je Einw.	insgesamt	je Einw.	insgesamt	je Einw.	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	973	338	907	312	415	143	20	.
1985	1 331	461	622	217	631	220	20	.
1990	1 640	545	342	110	273	88	20	.
1995	2 178	610	320	87	403	110	25	.
2000	2 474	659	197	52	236	62	30	20
2005	2 565	660	82	21	470	119	35	25
2010	3 631	922	–	–	260	66	30	20
2015	3 980	1 025	–	–	753	192	35	25
2019	4 917	1 215	–	–	808	197	40	30
2020	4 919	1 199	–	–	194	47	40	30

Steuerkraftsumme und Schuldenstand der Gemeinde



Lohn- und Einkommensteuer

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2018 rund 5,8 Mill. unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige erfasst. Dabei zählen zusammenveranlagte Ehepaare oder Lebenspartnerschaften als eine steuerpflichtige Person.

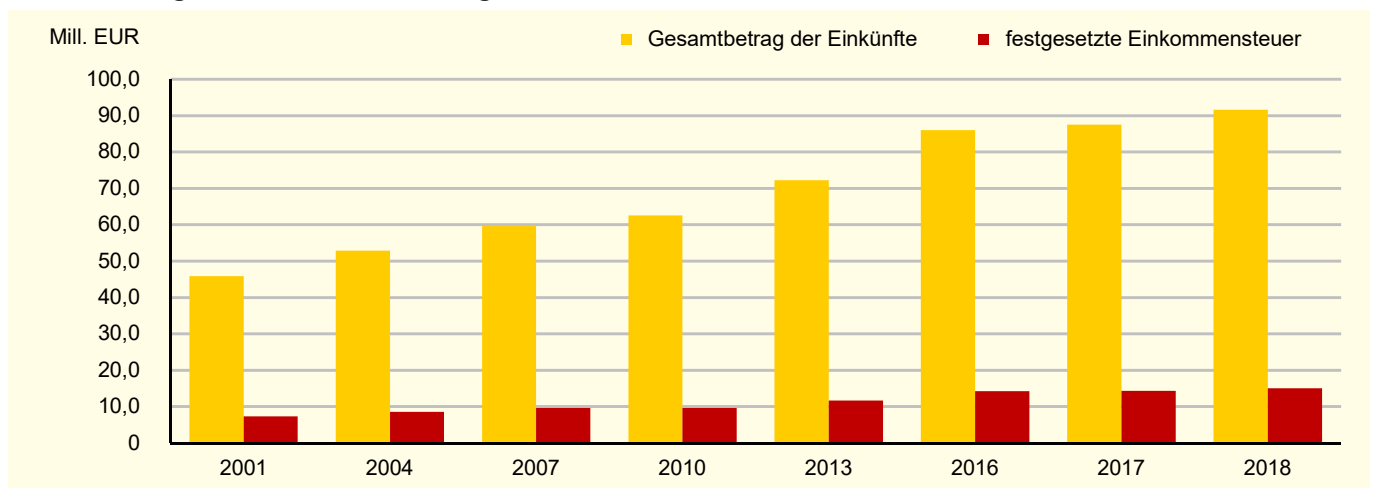
Der Gesamtbetrag der Einkünfte der Steuerpflichtigen im Land summierte sich auf rund 268 Mrd. Euro, was einer Steigerung um 4,7 % zum Vorjahr entspricht. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte betrug 46 470 Euro, der Median lag bei 32 906 Euro. Dieser Wert ist beispielsweise für Gemeinden relevant, die bei der Vergabe von Bauland das [Einheimischenmodell](#) anwenden. 4 435 Lohn- und Einkommensteuerpflichtige in Baden-Württemberg erzielten jeweils einen Gesamtbetrag der Einkünfte von mindestens 1 Mill. Euro. Damit erhöhte sich die Zahl der „Einkommensmillionärinnen und -millionäre“ gegenüber 2017 um 8,5 % (348 Steuerpflichtige), nachdem sie bereits von 2016 auf 2017 um 7,2 % gestiegen war.

Das zu versteuernde Einkommen der Steuerpflichtigen insgesamt lag in Baden-Württemberg bei 225 Mrd. Euro, was einer Erhöhung zum Vorjahr um 4,7 % entspricht. Das durchschnittlich zu versteuernde Einkommen je Steuerpflichtigen betrug somit 38 879 Euro, der Median lag bei 28 482 Euro. Insgesamt ergab sich so für Baden-Württemberg eine Summe von 50 Mrd. Euro als festgesetzte Einkommensteuer und damit 4,4 % mehr als im Vorjahr.

Lohn- und Einkommensteuer in der Gemeinde

Jahr	Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige ¹⁾	Gesamtbetrag der Einkünfte			zu versteuerndes Einkommen			festgesetzte Einkommensteuer
		insgesamt	je Steuerpflichtigen ²⁾	Median ³⁾	insgesamt	je Steuerpflichtigen	Median ³⁾	
	Anzahl	1 000 EUR	EUR		1 000 EUR	EUR		1 000 EUR
2001	1 340	45 797	34 177	29 516	38 308	28 759	24 299	7 333
2004	1 658	52 776	31 831	27 393	44 555	26 872	22 175	8 503
2007	1 863	59 553	31 966	25 566	51 977	27 900	21 685	9 590
2010	1 881	62 485	33 219	26 181	52 025	27 658	21 523	9 565
2013	1 936	72 217	37 302	29 249	60 152	33 680	26 155	11 579
2016	2 029	86 015	42 393	32 175	71 807	37 225	27 974	14 188
2017	2 033	87 544	43 061	33 361	72 428	37 105	28 645	14 317
2018	2 057	91 584	44 523	34 420	75 827	36 863	29 459	15 029

Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer in der Gemeinde



Wasserwirtschaft

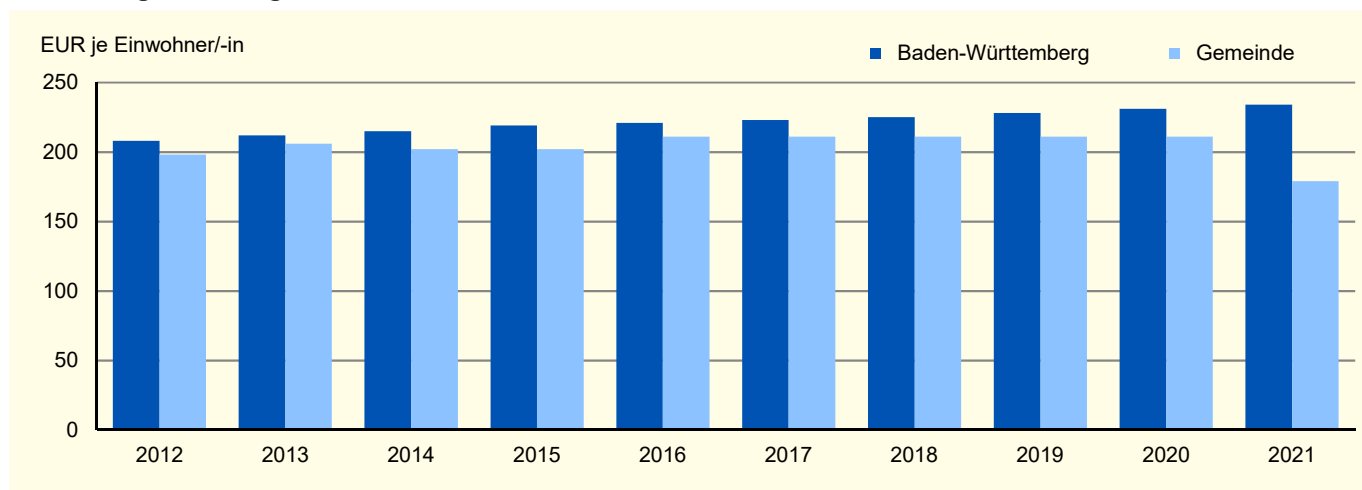
In Baden-Württemberg benötigte jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner im Jahr 2019 durchschnittlich 125 Liter Trinkwasser am Tag. Dagegen lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1991 noch bei 140 Liter. Höhere Energie- und Wasserpreise sowie ein gestärktes Umweltbewusstsein haben in den letzten Jahrzehnten die Verbreitung umweltfreundlicher Haushaltstechnik gefördert und das Verbraucherverhalten insgesamt verändert. Seit Anfang der 2010er-Jahre lässt eine offenbar gegenläufige Einflussgröße – nahe liegt der Klimawandel – den Pro-Kopf-Verbrauch wieder ansteigen. Das Trinkwasser stammt aus lokalen Wasservorkommen und/oder aus Wasservorkommen jenseits der Gemeindegrenze mit regionaler oder überregionaler Bedeutung. Die Wassergewinnung in wasserreichen Gebieten deckt den örtlichen Wasserbedarf (Wasserabgabe insgesamt) oder übertrifft ihn und trägt dann zur (Verbund-)Versorgung anderer Gemeinden bei.

Die durchschnittliche Trinkwassergebühr lag in Baden-Württemberg 2021 bei 2,28 Euro/m³, die Schmutzwassergebühr bei 1,98 Euro/m³, die Niederschlagswassergebühr bei 0,48 Euro/m² und die Grundgebühr für Trinkwasser und Abwasser bei 51,66 Euro/Jahr. Das im Schaubild dargestellte [Jahresvergleichsentgelt](#) berücksichtigt sämtliche Gebührenarten, die in einer Modellrechnung zu einem Jahreswert vereint werden. Die jeweiligen Landesdurchschnitte entstehen durch eine Gewichtung mit den Einwohnerzahlen der Gemeinden.

Öffentliche Wasserversorgung und Wassergebühren in der Gemeinde

Jahr	Wasser- gewinnung ins- gesamt ¹⁾	Wasser- abgabe ins- gesamt ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher ³⁾			Trink- wasser- gebühr am 1.1. ⁴⁾	Abwassergebühr am 1.1. ⁵⁾			Grundgebühr für Trink- und Abwasser am 1.1. ⁶⁾
			zu- sammen	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf- Verbrauch		Einheits- gebühr	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	
	1 000 m³			%	Liter	EUR/m³		EUR/m²	EUR/Jahr	
1979	186	187	141	133	94	127	0,72	0,82	.	.
1987	175	190	137	102	74	97	0,93	0,77	.	.
1995	119	200	157	141	90	105	1,31	1,12	.	.
2001	128	215	157	151	96	107	1,89	1,43	–	– 13,13
2007	87	164	153	145	95	100	1,88	2,31	–	– 13,08
2013	78	159	148	148	100	105	1,99	2,66	–	– 25,68
2016	92	168	156	154	99	107	2,20	–	2,23	0,18 25,68
2019	73	.	166	166	100	111	2,20	–	2,23	0,18 25,68
2021	.	.	.	.	.	.	2,58	–	1,20	0,12 25,68

Jahresvergleichsentgelt für Trink- und Abwasser



Umwelt

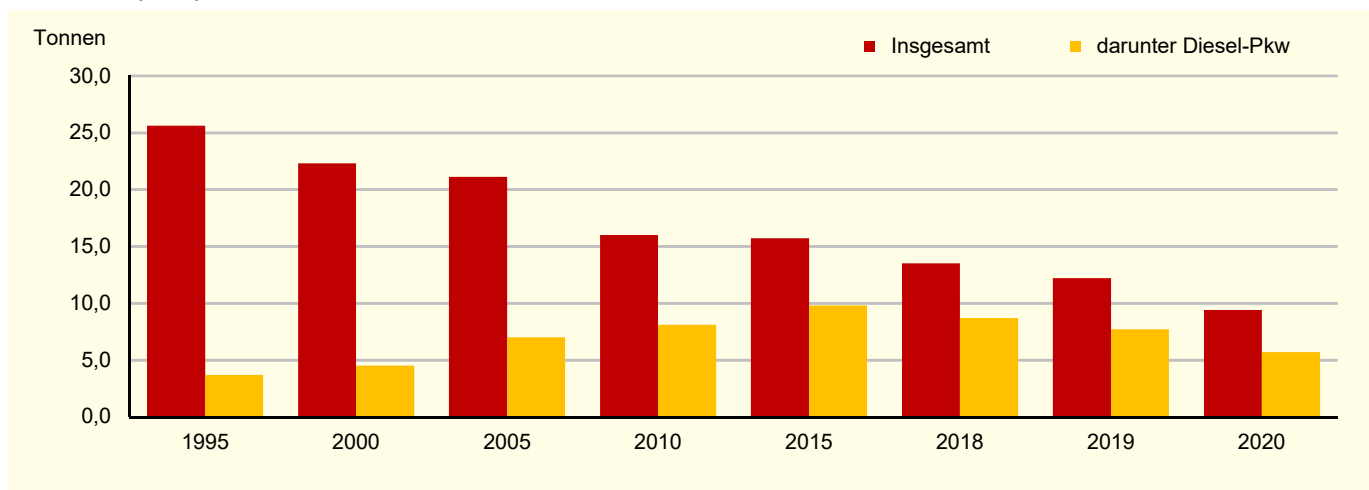
Die mit Kraftfahrzeugen auf den Straßen im Land jährlich zurückgelegten Entfernungen, die sogenannten **Jahresfahrleistungen**, sind 2020 im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie um 16 % auf nun noch 80,3 Mrd. km gesunken. Dies entspricht dem Stand zum Beginn der 1990er-Jahre. Den stärksten Einbruch mit fast –19 % gab es im Personenverkehr, während der Güterverkehr gegenüber 2019 nahezu unverändert geblieben ist. Dass die Fahrleistungen hier nicht ebenfalls gesunken sind, liegt ausschließlich an den leichten Nutzfahrzeugen (Lkw ≤ 3,5 t), die mit einem Plus von fast 4 % den Rückgang beim Schwerverkehr kompensierten. Die Pkw sind zwar nach wie vor die bestimmende Größe des Verkehrsaufkommens in Baden-Württemberg, jedoch sinkt deren Anteil seit 1995 kontinuierlich auf nun 81 %.

Noch stärker als die Jahresfahrleistungen gingen die **Stickoxidemissionen** im Land zurück. Sie reduzierten sich im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 20 % auf nun 43 600 t. Neben dem Rückgang der Fahrleistungen ist hierfür die stetig weiterentwickelte Abgastechnik verantwortlich, die zu einer Reduzierung des Stickoxidausstoßes vor allem bei den Dieselmotoren führte. Mit rund 50 % entfiel der größte Anteil an den Emissionen auf die Diesel-Pkw, während die leichten und schweren Nutzfahrzeuge zusammen 35 % verursachten. In der längerfristigen Betrachtung sind die Stickoxidemissionen des Straßenverkehrs seit 1995 um 67 % gesunken.

Emissionen und Jahresfahrleistungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs					Jahresfahrleistungen				
	ins- gesamt ²⁾	darunter durch				ins- gesamt ²⁾	darunter durch			
		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutz- fahrzeuge	Leichte Nutz- fahrzeuge		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutz- fahrzeuge	Leichte Nutz- fahrzeuge
	Tonnen					Mill. km				
1995	25,6	3,7	9,3	9,0	0,8	20,4	4,8	13,6	0,8	0,5
2000	22,3	4,5	6,6	7,7	0,7	21,5	5,9	13,5	0,8	0,6
2005	21,1	7,0	4,8	6,1	0,7	21,8	7,7	11,9	0,8	0,6
2010	16,0	8,1	3,1	3,1	0,9	20,5	8,4	10,2	0,6	0,6
2015	15,7	9,8	2,2	1,7	1,4	23,5	10,8	10,3	0,6	1,1
2018	13,5	8,7	1,8	1,2	1,3	24,1	11,2	10,3	0,6	1,3
2019	12,2	7,7	1,8	1,1	1,2	24,1	10,6	10,9	0,6	1,3
2020	9,4	5,7	1,4	1,0	1,1	20,2	8,3	9,4	0,6	1,4

Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs in der Gemeinde



Verkehr

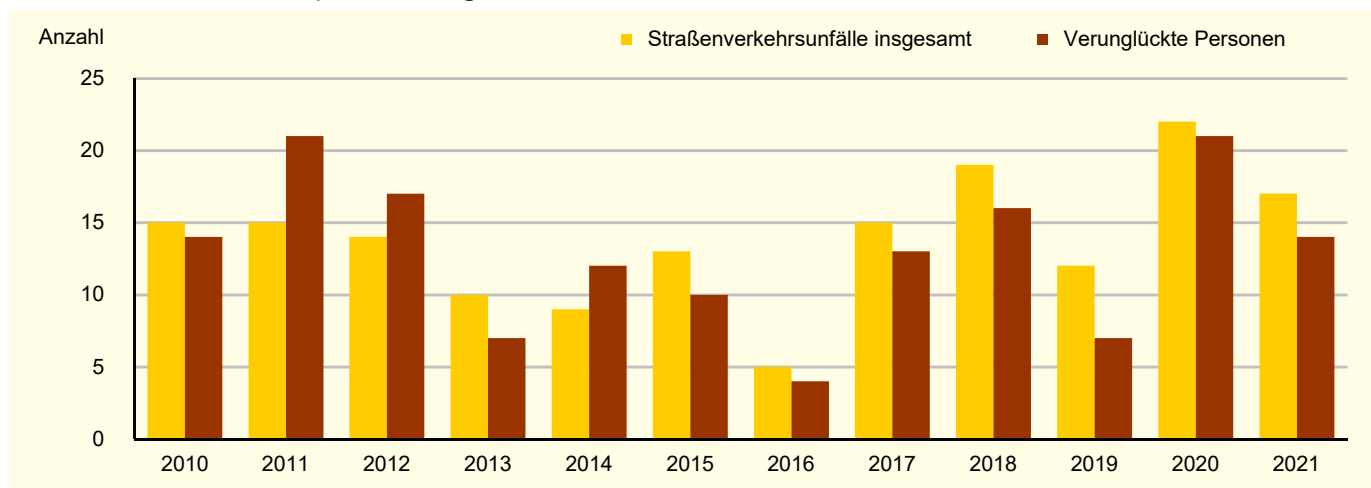
Der Kraftfahrzeugbestand in Baden-Württemberg ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Im Jahr 2021 gab es fast 8,4 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) im Land, das entspricht einer Zunahme zum Vorjahr von 1,5 %. Innerhalb der Kfz stellen die Personenkraftwagen (Pkw) mit einem Bestand von 6,8 Mill. die mit Abstand bedeutendste Gruppe dar (81,4 %), die Krafträder machten 8,7 % des Kfz-Bestandes aus. Der anhaltende Trend eines steigenden Motorisierungsgrads setzte sich auch im vergangenen Jahr weiter fort: im Jahr 2021 lag er auf Landesebene bei 613 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, vor 10 Jahren waren es noch 539 Pkw je 1 000 Personen. Tendenziell fällt der Motorisierungsgrad in ländlich geprägten Gebieten höher und im städtischen Bereich niedriger aus, da hier Ziele auch gut zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Den höchsten Motorisierungsgrad hatte der Hohenlohekreis mit 750 Pkw je 1 000 Personen, Heidelberg den niedrigsten mit 388 Pkw je 1 000 Personen.

2021 ereigneten sich 273 482 [Straßenverkehrsunfälle](#) im Land, 1,6 % mehr als im Vorjahr, jedoch blieb die Zahl der Unfälle deutlich unterhalb des Niveaus vor der Corona-Pandemie aus dem Jahr 2019. Die Zahl der Verunglückten ging dabei das 2. Jahr infolge deutlich zurück und lag 2021 bei 37 793. Darunter wurden 348 Personen bei Straßenverkehrsunfällen getötet und 6 006 Personen schwer verletzt.

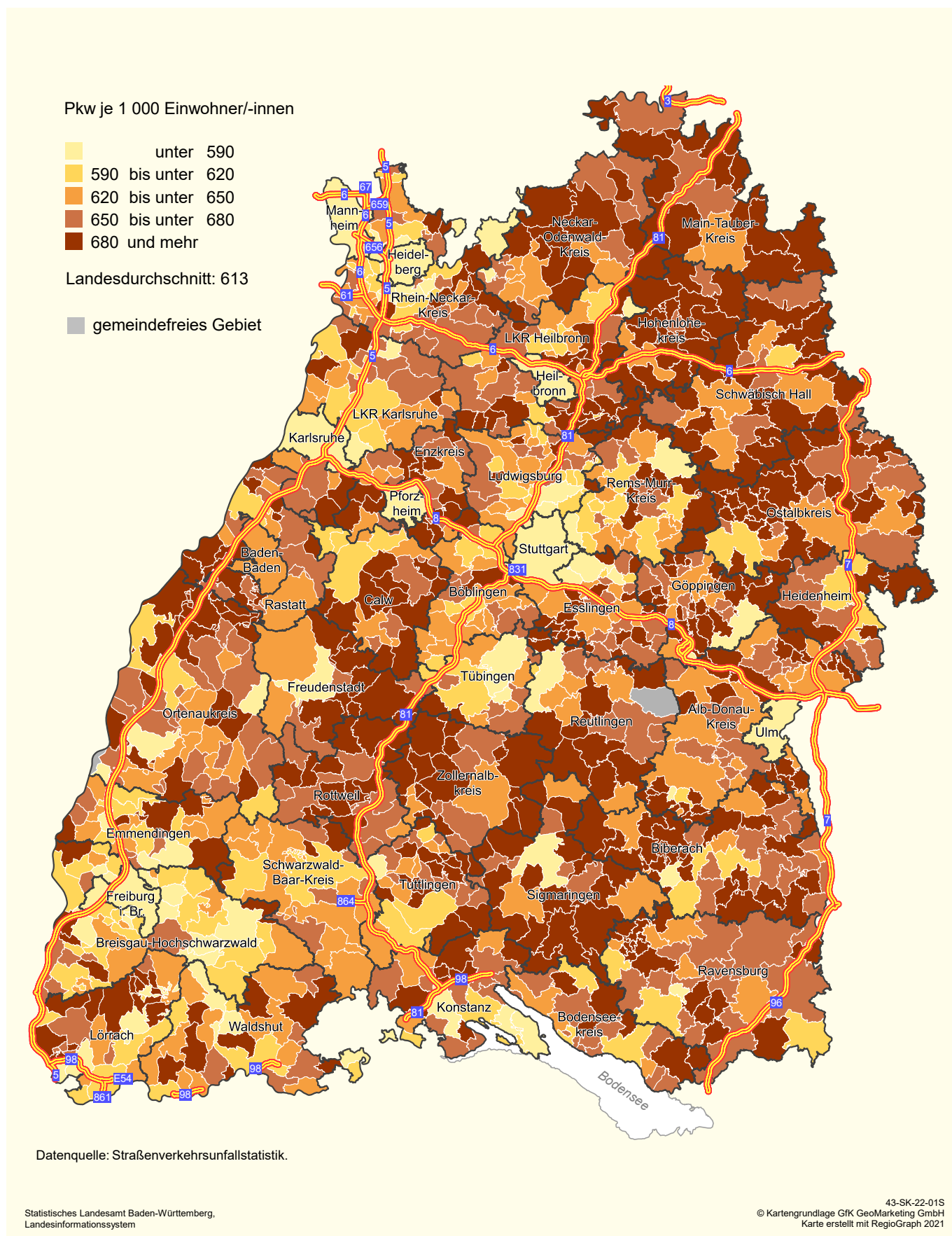
Kraftfahrzeuge und Straßenverkehrsunfälle*) in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw. ⁴⁾	Straßenverkehrsunfälle		Ver- unglückte Personen	Darunter	
	insgesamt ²⁾	darunter			insgesamt	darunter mit Personen- schaden		Getötete	Schwer- verletzte
		Pkw ³⁾	Krafträder						
1991	2 153	1 714	103	534	14	9	13	2	1
1995	2 628	2 065	153	561	15	8	12	1	3
1999	2 873	2 229	216	594	8	6	9	1	4
2003	3 200	2 488	288	633	14	8	11	–	3
2007	3 356	2 613	318	657	10	7	8	–	5
2011	3 238	2 502	328	639	15	13	21	–	3
2015	3 399	2 652	321	679	13	7	10	–	3
2019	3 755	2 911	376	712	12	7	7	–	3
2020	3 876	2 990	396	730	22	20	21	–	8
2021	3 907	2 996	414	713	17	12	14	–	4

Straßenverkehrsunfälle*) und verunglückte Personen in der Gemeinde



Pkw-Dichte in den Gemeinden 2021



Datenquellen und Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und im Vergleich

- 1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Stichtag: 30. Juni des Jahres.
- 5) Jahresdurchschnitte.
- 6) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.
- 7) Einschließlich Busse und Krafträder.
- 8) Stand Juli des Jahres.
- 9) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe im nichtöffentlichen Bereich, ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen.
- 10) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
- 11) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Fläche

Datenquelle: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung.

*) Das Jahr 2000 wurde entsprechend der ALKIS-Nomenklatur rückgerechnet und ist damit vergleichbar.

Bevölkerung

Datenquellen: Bis 1987 Volkszählungen (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, 2011 bis 2021 auf Basis Zensus 2011. Statistiken der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen.

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung Basis 2020 (obere Variante der Vorausberechnung auf Landesebene).

- 1) Ohne bestandsrelevante Korrekturen.

Bevölkerungsvorausberechnung

Datenquellen: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – bis 2010 auf Basis VZ 1987, 2011 bis 2020 auf Basis Zensus 2011, ab 2021 Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung Basis 2020 (obere Variante der Vorausberechnung auf Landesebene).

Ausländische Bevölkerung

Datenquelle: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 2000 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011.

*) Veränderungsrate 2011: einschließlich Zensus-Korrekturen.

Bundestagswahlen

Datenquelle: Wahlstatistik.

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler/-innen nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt

errechnet: Verhältnis der Wähler/-innen ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.

- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile.
Die Reihenfolge der Parteien erfolgte entsprechend dem in Baden-Württemberg erreichten Stimmenanteil bei der letzten Landtagswahl.
- 3) Findet in der Gemeinde in einem Wahljahr eine eigene, im anderen Wahljahr jedoch keine eigene Briefwahlauszählung statt, werden keine Angaben zur Veränderung der „Wähler/-innen“, der „Wahlbeteiligung“ und zu den „Stimmenanteilen“ ausgewiesen.

Bildung

Datenquelle: Amtliche Schulstatistik.

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Ohne Berücksichtigung von Schüler/-innen und Klassen in den Jahrgangsstufen 12 und 13 bzw. in den Jahrgangsstufen 1 und 2 (Kursphase) der Gymnasien, Schulen besonderer Art, Abendgymnasien und Kollegs sowie den Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Bis Schuljahr 2014/15 Sonderschulen.
- 5) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen).

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

- 1) Stichtag 30.06. des Jahres.
- 2) Wirtschaftsgliederung:
2005 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003); ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).
Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.
- 3) und *) Jahresdurchschnitte.

Bauen

Datenquellen: Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen.

- 1) Einschließlich Wohnheime.
- *) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnen

Datenquelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes.

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres;
1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987;
2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.
- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.
Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Datenquellen: Schuldenstatistik; Kommunale Jahresrechnungsstatistik, Personalstandstatistik.

*) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.

- 1) Steuerkraftsumme je Einwohner/-in: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.
- 2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe (ohne Eigenbetriebskrankenhäuser) jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapiersschulden, Kassenkredite).
Schuldenstand je Einwohner/-in: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.
- 3) Im Rahmen der Personalstandstatistik wird die Geheimhaltung durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt.

Lohn- und Einkommensteuer

Datenquelle: Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

- 1) Veranlagte Steuerpflichtige und nicht veranlagte Arbeitnehmer/-innen, soweit für diese Werte in der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung enthalten waren.
- 2) Der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen ist das Maß für die Anwendung des „Einheimischenmodells“ (siehe auch Glossar).
- 3) Der Median (auch Zentralwert genannt) ist der Wert in der Mitte einer der Größe nach geordneten Datenreihe, d. h. mindestens 50 % der Daten sind kleiner oder gleich dem Median und mindestens 50 % der Daten sind größer oder gleich dem Median.

Wasserwirtschaft

Datenquellen: Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung; Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte.

- 1) Örtliche und überörtliche (Gruppen- und Fernversorger)

Wasserversorgungsunternehmen.

- 2) Wasserabgabe an Letztverbraucher einschließlich Leitungsverluste und Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Letztverbraucher im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen, mit denen das Wasserversorgungsunternehmen das abgegebene Wasser abrechnet. Die Wasserabgabe von Zweckverbänden an ihre Mitglieder ist keine Abgabe an Letztverbraucher.
- 4) Einschließlich Mehrwertsteuer mit dem am 1.1. jeweils gültigen Satz; Haushaltstarif ohne Sondertarife. Die Trinkwassergebühr setzt sich in der Mehrzahl der Gemeinden zusammen aus der nach dem Trinkwasserverbrauch abgerechneten Gebühr und der jährlichen Grundgebühr für die vom Wasserversorgungsunternehmen bereitgehaltene Infrastruktur und die Nutzung des Hauswasserzählers.
- 5) Die gesplittete Abwassergebühr setzt sich in der Mehrzahl der Gemeinden zusammen aus der nach dem Trinkwasserverbrauch abgerechneten Schmutzwassergebühr und der Niederschlagswassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossene (versiegelte) Grundstücksfläche. Die Einheitsgebühr orientiert sich ausschließlich am Trinkwasserverbrauch. Im Gegensatz zum Trinkwasser erheben nur wenige Gemeinden eine Grundgebühr für das Abwasser.
- 6) Beim Trinkwasser einschließlich Mehrwertsteuer mit dem am 1.1. jeweils gültigen Satz; Haushaltstarif ohne Sondertarife.

Umwelt

Datenquellen: Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg; Eigene Berechnungen lt. Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA) Version 4.1 2019.

- 1) 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015 Ergebnisse aufgrund der allgemeinen Verkehrszählung; andere Jahre Fortschreibung anhand der Ergebnisse für automatische Dauerzählstellen.
- 2) Einschl. Busse und Krafträder.

Verkehr

Datenquellen: Kraftfahrt-Bundesamt und Straßenverkehrsunfallstatistik.

- *) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
- 1) Kfz-Bestand: Stichtag jeweils 1.7.; ab 2001: jeweils 1.1.
- 2) 1995: ohne Busse; ab 2008 nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen.
- 3) Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden ab dem 01.10.2005 auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.
- 4) Pkw je 1 000 Einwohner/-innen am 31.12. des Vorjahres.

Glossar (alphabetisch)

Arbeitslose

Arbeitslose sind Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten sowie eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung suchen. Dabei ist zudem Voraussetzung, dass sie den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen und sich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.

Ausländische Bevölkerung

Zur ausländischen Bevölkerung zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind, das heißt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen mit ihren Familien nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes und werden statistisch nicht erfasst.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen entsprechen Ausgaben bzw. Einnahmen nach Abzug haushaltstechnischer Verrechnungen. Die bereinigten Ausgaben/Einnahmen sagen aus, welche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung erforderlich wären und welche Einnahmen zu deren Deckung bereitstanden. Sie lassen sich exakt nur für die Summe der Gemeinden/Gemeindeverbände bilden.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Bevölkerungsvorausberechnung

Ausgangspunkt für die neue Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2040 ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen zum 31.12.2020 auf Basis des Zensus 2011. Grundlage ist eine Geburtenrate von 1,56 Kindern je Frau. Den Berechnungen liegt zudem ein leichter Anstieg der Lebenserwartung zugrunde. Hinsichtlich der Wanderungen wurde für den gesam-

ten Vorausberechnungszeitraum auf Landesebene (2021 bis 2060) für die obere Variante ein positiver Wanderungssaldo in Höhe von 1,52 Mill. Personen unterstellt. Diese Werte fließen als Eckwerte in die Berechnung der regionalen Bevölkerungsentwicklung ein. Die Quoten zur Entwicklung von Geburten und Sterbefällen sowie die regionalen Wanderungsverhältnisse basieren auf der Entwicklung der letzten Jahre und stellen somit eine Status-Quo-Rechnung dar. Dabei wurde für die Entwicklung der Geburten, der Sterbefälle und der Wanderungen auf die Jahre 2017 bis 2020 zurückgegriffen. Unternehmensgründungen oder -schließungen, Bauprojekte oder beispielsweise Wachstumsrestriktionen, die sich vor allem in den großen Städten aufgrund mangelnder Flächenverfügbarkeit ergeben können, werden nicht berücksichtigt. Das bedeutet, dass Gemeinden und Kreise ihre vorausgerechneten Ergebnisse immer mit Rückgriff auf ihr lokales Wissen interpretieren sollten. Aufgrund der kurzfristigen Entwicklungen rund um den Krieg in der Ukraine konnten die dadurch entstehenden Wanderungsbewegungen von Schutzsuchenden nicht berücksichtigt werden.

Die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung mit Basis 2020 stellt auf regionaler Ebene eine herausfordernde Besonderheit dar, da insbesondere die langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie nur schwer prognostiziert werden können. Vor allem das Wanderungsgeschehen variierte durch die geltenden Restriktionen erheblich. Zudem kann aufgrund der gestiegen (wirtschaftlichen) Unsicherheit durch die Pandemie vermutet werden, dass sich dies auf die Geburtenrate niederschlagen wird. Schließlich ist die durch Corona erhöhte Sterblichkeit von Personen in höherem Alter ein Unsicherheitsfaktor bei der Berechnung.

Ausführliche methodische Hinweise finden sich auf der Homepage des Statistischen Landesamtes unter <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Vorausrechnung/Methode.jsp>.

Einheimischenmodell

Das Einheimischenmodell dient der vorrangigen Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung. Gemeinden wollen dabei durch eine Baulandpreisregelung sicherstellen, dass einkommensschwächere und weniger begüterte Personen der örtlichen Bevölkerung gegenüber finanzstarken Zuzügler/-innen einen Vorsprung beim Kauf von Bauland erhalten. Die rechtliche Grundlage findet sich in Deutschland im Baugesetzbuch (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB). Die Handhabung darf aber nicht dazu führen, dass Auswärtige von einer Kaufmöglichkeit völlig ausgeschlossen werden. Im Februar 2017 haben sich die Europäische Kommission, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und die Bayerische Staatsregierung auf angepasste Kriterien geeinigt: Für das Modell kommen Bewerber/-innen in

Betracht, deren Vermögen und Einkommen bestimmte Obergrenzen nicht überschreitet; bei der anschließenden Punkteverteilung kann dem Kriterium der „Ortsgebundenheit“ bis zu 50 % Gewichtung beigemessen werden.

Jahresfahrleistungen

Die Ermittlung der Fahrleistungen je Fahrzeuggruppe auf Autobahnen und sonstigen Außerortsstraßen sowie auf Ortsdurchfahrten (klassifizierte Innerortsstraßen) erfolgt ausgehend von der Straßendatenbank des Landes sowie den Ergebnissen der Straßenverkehrszählungen 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015. Die Fortschreibung für die Jahre zwischen den ausführlichen Straßenverkehrszählungen erfolgt anhand der laufenden Berechnungen der Fahrleistungen auf der Basis der automatischen Zählstellen. Die Werte des Jahres 2010 wurden aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethodik bei der ausführlichen Straßenverkehrszählung revidiert.

Jahresvergleichsentgelt (Fiktive Jahresrechnung)

Die Verbraucherkosten für Trinkwasser und Abwasser lassen sich nicht unmittelbar aus den Gebühren ableiten. In einer für jede Gemeinde durchgeführten Modellrechnung werden die jeweiligen Gebühren in Jahreswerte überführt, die sich zur fiktiven Jahresrechnung (Jahresvergleichsentgelt) je Einwohner/-in addieren. Bei den zur Multiplikation verwendeten Faktoren, zum Beispiel der jährliche Trinkwasserverbrauch je Einwohner/-in, handelt es sich um Landesdurchschnitte. Methodische Erläuterung: https://www.statistik-bw.de/Umwelt/Wasser/Trink-Abwasserpreise_JahrRech_i.jsp

Pendelnde/Pendelsaldo

Als Pendelnde werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendelwanderung wird zwischen Auspendelnden und Einpendelnden unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendelnde. Betrachtet man dieselben Pendelnden dagegen von der Zielgemeinde her, in der die Arbeitsstätte liegt, so spricht man von Einpendelnden.

In der Statistik werden die Pendelströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird nach Pendelnden über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen getrennt. Dabei werden die innerhalb dieser Grenzen Pendelnden nicht als solche ausgewiesen.

Der Pendelsaldo ist die Differenz von Einpendler/-innen zu Auspendler/-innen. Einpendelüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige

Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendelüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Schulden

Bis 2009 Schulden am Kreditmarkt: Schulden, die durch Ausgabe von Wertpapieren oder durch Aufnahme von Fremdmitteln bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen, der Bundesagentur für Arbeit, öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen und sonstigen Sozialversicherungen sowie bei sonstigen inländischen und ausländischen Stellen entstanden sind. Nicht mit einbezogen sind hierbei Kassenverstärkungskredite, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen aufgenommen werden.

Ab 2010: alle am Stichtag bestehenden In- und Auslandsschulden (einschließlich Kassenkredite), für die Gebietskörperschaften oder öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) Schuldner sind. Die Schulden werden mit dem Nennbetrag ohne Abzug eines etwaigen Disagios nachgewiesen. Die Zuordnung der Schulden erfolgt in der Schuldenstatistik nach dem Gläubigerprinzip. Es wird unterschieden zwischen Schulden beim nichtöffentlichen und öffentlichen Bereich.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Flächenkategorien des Liegenschaftskatasters „Siedlung“ abzüglich Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube und Steinbruch plus „Verkehr“ zusammen. Sie kann keineswegs mit dem Begriff „versiegelt“ gleichgesetzt werden, da sie einen nicht quantifizierbaren Anteil von nicht bebauten und nicht versiegelten Frei- und Grünflächen enthält.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer/-innen einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind, sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirt-

schaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG).

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG).

Straßenverkehrsunfälle

Als Straßenverkehrsunfälle gelten von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet, verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer/-innen oder Fußgänger/-innen erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer/-innen zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Stickoxidemissionen des Straßenverkehrs

Die Berechnung der Emissionen basiert auf den Fahrleistungen, differenziert nach Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien. Die entsprechend den Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien gegliederten Fahrleistungswerte werden mit spezifischen Emissionsfaktoren je Fahrzeuggruppe verknüpft. Zusätzlich werden die durch Kaltstarts der Pkw und Lkw unter 3,5 t verursachten Emissionen an Hand der Zahl der Kaltstarts und zugehöriger Kaltstart-Emissionsfaktoren berechnet.

Grundlage für die Ableitung dieser Emissionsfaktoren bietet das „Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA)“ in der Version 4.1 vom April 2019.

Täglicher Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch wird definiert als Saldo von Anfangs- und Endbestand der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) einer Periode. Dieser Wert dividiert durch die Periodendauer in Tagen ergibt den täglichen Flächenverbrauch. Der Indikator verdeutlicht Ausmaß und Tempo der Nutzungsänderungen. Dabei ist Flächenverbrauch und Versiegelung (teilweises oder vollständiges Abdichten offener Böden) keinesfalls gleichzusetzen.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente (VZA) ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit einer/eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen
Statistiken für Baden-Württemberg, seine
Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für
aktuelle und historische baden-württembergische
und deutsche Statistik sowie für baden-württem-
bergische Landeskunde
Telefon 0711/641-21 33, Telefax - 29 73
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen
aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax - 13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de